



Generalversammlung

Verteilung: Allgemein
3. Januar 2019

Dreiundsiebzigste Tagung
Tagesordnungspunkt 80

Resolution der Generalversammlung, verabschiedet am 20. Dezember 2018

[*aufgrund des Berichts des Sechsten Ausschusses (A/73/496)*]

73/200. Mustergesetz der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über die Anerkennung und Vollstreckung insolvenzbezogener Urteile

Die Generalversammlung,

unter Hinweis auf ihre Resolution 2205 (XXI) vom 17. Dezember 1966, mit der sie die Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht schuf, mit dem Auftrag, die fortschreitende Harmonisierung und Vereinheitlichung des internationalen Handelsrechts zu fördern und dabei die Interessen aller Völker, insbesondere derjenigen der Entwicklungsländer, an der umfassenden Ausweitung des internationalen Handels zu berücksichtigen,

in der Erkenntnis, dass wirksame Insolvenzordnungen zunehmend als Instrument zur Förderung der wirtschaftlichen Entwicklung und von Investitionen sowie zur Ankurbelung der unternehmerischen Tätigkeit und Erhaltung von Arbeitsplätzen angesehen werden,

überzeugt, dass das Recht der Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen in einer Welt, in der es für Unternehmen und Einzelpersonen zunehmend einfacher wird, Vermögenswerte in mehr als einem Staat zu haben und Vermögenswerte grenzüberschreitend zu transferieren, immer mehr an Bedeutung gewinnt,

in der Erwägung, dass internationale Rechtsinstrumente über die Anerkennung und Vollstreckung von Urteilen in Zivil- und Handelssachen insolvenzbezogene Urteile aus ihrem Geltungsbereich ausschließen,

besorgt darüber, dass unzureichende Koordinierung und Zusammenarbeit in Fällen grenzüberschreitender Insolvenzen, durch die Unsicherheiten in Bezug auf die Anerkennung und Vollstreckung insolvenzbezogener Urteile entstehen, ein Hindernis für die faire, effiziente und wirksame Abwicklung grenzüberschreitender Insolvenzen darstellen können, wodurch die Chancen für eine Rettung von Unternehmen in finanziellen Schwierigkeiten, die jedoch überlebensfähig wären, vermindert werden, die Verheimlichung oder Verschleuderung des Vermögens von Schuldnern wahrscheinlicher wird und eine Reorganisation oder



Liquidationen, die für alle Interessierten, einschließlich der Schuldner und ihrer Beschäftigten und der Gläubiger, am vorteilhaftesten wären, behindert werden,

in der Überzeugung, dass faire und international standardisierte Rechtsvorschriften über grenzüberschreitende Insolvenzen, die die einzelstaatlichen Verfahren und Gerichtssysteme achten, wie in den Bestimmungen des Mustergesetzes über die Anerkennung und Vollstreckung insolvenzbezogener Urteile¹ zum Ausdruck gebracht, und die für Staaten mit unterschiedlichen Rechts-, Gesellschafts- und Wirtschaftssystemen annehmbar sind, zur Entwicklung des internationalen Handels und der internationalen Investitionen beitragen würden,

1. *dankt* der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht für die Fertigstellung und Verabschiedung des Mustergesetzes über die Anerkennung und Vollstreckung insolvenzbezogener Urteile¹ samt Leitfaden für die Umsetzung in innerstaatliches Recht;

2. *ersucht* den Generalsekretär, den Wortlaut des Mustergesetzes samt Leitfaden für die Umsetzung in innerstaatliches Recht den Regierungen und anderen interessierten Stellen zu übermitteln;

3. *empfiehlt* allen Staaten, das Mustergesetz wohlwollend zu prüfen, wenn sie Rechtsvorschriften zu Insolvenz ändern oder erlassen, eingedenk dessen, dass es international harmonisierter Rechtsvorschriften bedarf, die Fälle grenzüberschreitender Insolvenzen regeln und erleichtern, und bittet Staaten, die das Mustergesetz verwendet haben, die Kommission entsprechend zu unterrichten;

4. *empfiehlt außerdem*, dass alle Staaten auch weiterhin die Anwendung des Mustergesetzes der Kommission der Vereinten Nationen für internationales Handelsrecht über grenzüberschreitende Insolvenzen² in Erwägung ziehen.

62. Plenarsitzung
20. Dezember 2018

¹ *Official Records of the General Assembly, Seventy-third Session, Supplement No. 17 (A/73/17)*, Anhang III.

² Resolution 52/158, Anlage.